

# SOZIALDEMOKRATISCHER PRESSEDIENST

P/XVII/72 - 29. März 1962

BONN, Friedrich-Ebert-Allee 170

Fernsprecher 2 18 31 - 33

Fernschreiber 0 888 890

Wir veröffentlichen in dieser Ausgabe:

Seite:

Zeilen:

- |       |  |     |
|-------|--|-----|
| 1     | <u>Strauss ist kein Monument</u><br>Auch CSU-Minister sind ersetzbar   | 47  |
| 2     | <u>Steuercasen - Steuerhinterziehung -</u><br><u>Steuerbeschubs-GmbH., Vaduz</u><br>Motto: "Haltet Maß, haltet Maß, haltet Maß im Steuerbetrug"<br>Gedanken zu einer aktuellen Zeitungsannonce | 49  |
| 3     | <u>Frankreichs Linke sagt diesmal "Ja"</u><br>Volksentscheid im April, Neuwahlen im Mai<br>Von unserem Korrespondenten in Paris, Georg Scheuer   | 52  |
| 4     | <u>Damaszenerischer Frühling oder Fata Morgana?</u><br>Nach dem Putsch von Damaskus<br>Von Manfred von Jureczka  | 44  |
| 5 - 8 | <u>Kulturpolitik kommt in Bewegung</u><br>Von Waldemar von Kroeringen<br>Stellvertretender Vorsitzender der SPD  | 206 |

\* \* \*

\* \*

Verantwortlich: Günter Markscheffel

## Strauss ist kein Monument

Auch CSU-Minister sind ersetzbar

sp - Das Bemühen, die ministeriellen Exponenten der Bonner Regierung zu vergötzen und damit diese ganze Regierung und die sie hauptsächlich tragende Partei mit dem Staate zu identifizieren, beginnt krebsartig um sich zu greifen. Es ist nicht mehr nur der 86-jährige CDU-Vorsitzende, den man zum "Vater des Vaterlandes" zu legendisieren versuchte und der einem unorientierten Auslande gegenüber als "die einzige Stütze dieser Bundesrepublik und als der wahre Hort der jungen deutschen Nachkriegsdemokratie" dargestellt wurde. Es ist neben Adenauer auch nicht mehr nur Professor Erhard, dessen Person und Wirken fälschlicherweise allein der wirtschaftliche Wiederaufstieg des freien Nachkriegsdeutschland zugeschrieben wird. Jetzt erleben wir die dritte Vergötzung, die ihren bisher unverhülltesten Ausdruck in dem Leitartikel einer Münchner Zeitung mit folgendem Satz gefunden hat:

\* "Drausser gilt Strauss als Repräsentant des  
\* bundesdeutschen Verteidigungswillens".

In diesem Satz fehlt nur noch das kleine Wörtchen "der". Dann hätten wir mit Kanzler, Wirtschaftsminister und Verteidigungsminister die, zunächst, ersten drei Politiker der Bonner Regierung vor uns, bei denen das demokratietötende Spiel mit dem autoritären "Der Staat bin ich" bis zu einem Punkt vorangetrieben worden ist, an dem der Begriff der intellektuellen Staatsgefährdung in die Debatte geworfen werden muss.

Der Staat, die Bundesrepublik Deutschland also, sind wir alle, die wir als Wähler bestimmte Männer und Frauen für eine gewisse Zeit mit dem schwierigen und schweren Amte beladen, im Sinne unseres Wählerwillens diesen Staat zu regieren und zu verwalten. Das Urteil über Erfolg oder Nichterfolg einer solchen beauftragten Tätigkeit liegt allein in der Hand des Wählers, des Volkes, in unsrer a l l e r Hand. Niemand kann und darf sich diesem Werturteil entziehen. j e d e r unterliegt ihm, jeder in seinem Amtsbereich, der er nach bestem Können, Wissen, Willen und Gewissen auszufüllen hat.

Diese Selbstverständlichkeiten aussprechen heisst zugleich, über den Versuch der Vergötzung bestimmter, vom Volke so beauftragter Männer den demokratischen Stab zu brechen und ihn auf das schärfste zu verurteilen. Weder ist Herr Adenauer "der einzig mögliche Kanzler", noch Herr Erhard "der einzig mögliche Wirtschaftsminister", noch gar Herr Strauss "der einzig mögliche Verteidigungsminister".

Wenn Herr Strauss n i c h t mehr Verteidigungsminister ist, was verschlägt's? Bricht der Verteidigungswillen der freien Deutschen zusammen, löst sich die Bundeswehr auf, geht die Welt unter? Nach Herrn Strauss geht das Leben weiter, wie nach allen Politikern und Ministern, die - so oder so - ihren Amtsbereich verlassen mussten. Als Herr Blank gehen musste, kam Herr Strauss. Und wenn Herr Strauss gehen wird, dann kommt ein neuer Verteidigungsminister. Niemand in der weiten Welt wird auf die Idee kommen, den Verteidigungswillen des freien Deutschland deshalb in Frage zu stellen, weil der Verteidigungsminister nicht mehr Strauss heisst.

Wir freien Deutschen brauchen an der Spitze unserer Regierungen und Ministerien tatkräftige und fähige Politiker, aber keine Monumente!

Steueroasen - Steuerhinterziehung - Steuerbeschubs GmbH, Vaduz

Kotto: "Haltet Maß, haltet Maß, haltet Maß im Steuerbetrug!"

rd - Steuerhinterziehung wird von manchen Leuten als ein Sport betrieben - und, wenn sie erwischt werden, für ein Kavaliere-Delikt gehalten. Aber das sind nur kleine Dilettanten, gewissermaßen Amateure. Die Profis lächeln über sie, denn für sie ist die Umgehung der Steuer das Hauptgeschäft. Sie beschäftigen Experten, wie Bergbaugesellschaften Prospektoren halten, die ständig mit der Aufgabe betraut sind, immer neue Steueroasen ausfindig zu machen.

Solche Casen finden sich in den Paragraphen unserer Gesetze. Es gibt sie aber auch geographisch, sowohl im Bundesgebiet als aber auch besonders in den Staaten, die so klein sind, daß sie außer den Briefmarkensammlern, Kabarettisten und Operettenlibrettisten eben nur noch den Steuermaulwürfen bekannt sind.

Eines der Länder, das seine Berühmtheit den Briefmarken und den Steuerpräferenzen verdankt, ist Liechtenstein; ein anderes Monaco. Mit ihren niedrigen Körperschafts-, Einkommen- und Kapitalertragssteuern locken sie viele Firmen ins Land. Die von diesen vielen Scheinfirmen aufzubringenden niedrigen Steuern sind so einträglich, daß die Ureinwohner völlig von der Steuer befreit bleiben. Aber es lohnt sich natürlich nur für kapitalkräftige Unternehmen, mit hohen im Mutterland von der Steuer bedrohten Erträgen, eine Scheinfirma in der Steuer-case, mit Villa und Büro, eventuell Sekretärin und Chauffeur, zu unterhalten. Dann braucht man nur einen "Firmenmantel", eine Steuerbeschubs GmbH, um z.B. die im Bundesgebiet erzielten Kapitalerträge in die nun teure Briefmarken-heimat zu transferieren.

Wer das alles für ein Märchen hält, der lese die nachfolgende Annonce aus der "Abendpost" vom 28.3.1962:

"Steuervorteile über Liechtenstein

|    |                                       |    |
|----|---------------------------------------|----|
| ** | Liechtensteinischer Firmenmantel      | ** |
| ** | (Großhandel, Export, Import, Kredit-, | ** |
| ** | Finanz- und Immobiliengeschäfte) mit  | ** |
| ** | allen Liechtensteinischen Steuervor-  | ** |
| ** | teilen und Steuervergünstigungen von  | ** |
| ** | deutschen Firmeninhaber abzugeben.    | ** |
| ** | Auskunft unverbindlich und diskret.   | ** |
| ** | Angebote unter E 2367 an die Apo."    | ** |

Nun erwarte niemand eine Anfrage im Parlament, etwa, "Was sagt die Bundesregierung dazu?" Sie sagt gar nichts dazu, denn auch das gehört zu den Spielregeln der Marktwirtschaft und der freien Konvertierbarkeit der Währung. Sie kann dem Fürsten von Liechtenstein nicht androhen, morgen eine Polizeieinheit nach Vaduz zu senden, wie de Gaulle es dem Fürsten Rainier von Monaco angedroht hat. Erhard könnte höchstens nach bekanntem Muster einen Appell loslassen und alle, die es angeht, auffordern, mit der Steuerhinterziehung Maß zu halten und sich nicht den für alle Bundesbürger notwendig gewordenen Opfern für die Verteidigung der westlichen Welt zu entziehen. Er würde nur ein homerisches Gelächter ernten, denn Moral und Geschäft sind zweierlei. Aber das wäre doch ein schönes Gegenstück zu seinem Appell an die Arbeitnehmer, der deswegen wirkungsvoller ist, weil diese sich der steuerlichen Erfassung nicht entziehen können.

## Frankreichs Linke sagt diesmal "Ja"

Von unserem Korrespondenten in Paris, Georg Scheuer

Die Niederschlagung des OAS-Aufstandes in Algerien fällt mit der Volksentscheid-Kampagne in Frankreich zusammen. Am 8. April werden die Franzosen, zweifellos mit erdrückender Mehrheit, de Gaulles Friedensvertrag mit der FLN bejahen.

Zum ersten Male seit der Rückkehr des Generals zur Staatsmacht hat sich auch die Kommunistische Partei entschlossen, mit "Ja" zu stimmen, obwohl damit wieder neue autoritäre Vollmachten für den Staatschef verbunden sind. Diese Haltung der KPF bei gleichzeitigem provisorischem Abbruch der diplomatischen Beziehungen zwischen Paris und Moskau, ist eine der merkwürdigsten Aspekte der gegenwärtigen Situation. Die OAS hat dieses Wunder vollbracht.

Im Mai 1958 vollzogen alle Parteien links von de Gaulle eine doppelte Kapitulation: vor dem drohenden rechtseradikalen Putsch und vor der Machtergreifung des autoritären Schiedsrichters General de Gaulle. Ursachen dieser kampflosen Übergabe der 4. Republik: Demoralisierung nach jahrelanger Zurückweichen vor den Kräften der französischen Kriegspartei, zweideutige Haltung gerade der KP Frankreichs (20 Prozent der Wähler), politische Müdigkeit vieler Franzosen, die an den Wert der Demokratie nicht mehr glaubten.

Seit 1958 ist viel Wasser unter den Seine-Brücken geflossen. Zwei weitere Putschversuche (Januar 1960 und April 1961), das politische Erwachen der afrikanischen Arbeiter in Algier und Paris und schließlich der wachsende OAS-Terror haben Millionen Menschen aufgerüttelt und zu neuem politischen Leben erweckt. Ein Blick auf die Entschlüsse und Reden der Führer der Links- und Mittelparteien vor vier Jahren und jetzt zeigt den radikalen Umschwung im Fühlen und Denken, ein Wandel, der noch in vollem Flusse ist.

Die gegenwärtige Regierung beging den Fehler, sich allzulange über diese Entwicklung hinwegzutäuschen. Der 8. Februar 1962 ist noch nicht verdaut. In Paris (nicht in der Provinz) ging man mit Knüppeln gegen republikanische Demonstranten vor, unter dem Vorwand, es handle sich um "Kommunisten". Zugleich stellte man die Behauptung auf, KP und OAS steckten unter einer Decke und spielten sich die Bälle zu. Kein rationell denkender Franzose glaubt das. OAS und Knüppelmethoden führten zu dem für Frankreich typischen "republikanischen Reflex".

Millionen von kommunistischen Wählern besinnen sich, daß sie vor allem Republikaner sind und oft nur aus Enttäuschung über mangelnde Demokratie kommunistisch wählten. Millionen von Demokraten erinnern sich, daß die französische Republik seit 170 Jahren am besten mit revolutionären Mitteln verteidigt wurde. Die Revolution ist Frankreichs "Tradition".

Spät hat die gaullistische Regierung, insbesondere ihr Innenminister Frey, in den letzten Wochen diesen Umschwung Rechnung getragen. Die Linksdemonstrationen nach dem mörderischen Attentat in Issy-les-Moulineaux wurden von der Pariser Polizei geduldet. Gegen die OAS wurden in Frankreich und in Algerien energische Maßnahmen getroffen, gerade nach dem Waffenstillstand und Staatsvertrag mit der FLN. So erklärt sich der neue Ton in der Linkspresse und die Ja-Parole der Linksparteien für den 8. April.

Selbstverständlich ist dies nur ein Auftakt für den folgenden Wahlkampf. Man kann sicher sein, daß nach dem massiven "Ja" für den Algerienfrieden und nach der endgültigen Niederwerfung der OAS die eigentliche Kraftprobe zwischen dem gaullistischen Regime und der französischen Linken beginnt.

## Damaszenischer Frühling oder Fata Morgana ?

Von Manfred von Juterzenka

Ein bekannter deutscher Orientalist hat einmal M e k k a als das Herz, K a i r o als das Hirn und D a m a s k u s als die Hand des Islam bezeichnet. Diesem Ausspruch kommt heute mehr denn je besondere Aktualität zu. Kairo war die Geburtsstätte der Idee, die sich im ganzen Nahen und Mittleren Osten immer mehr durchzusetzen beginnt, wenn auch mit regional bedingten Abweichungen und eigenen nationalen Akzenten, je nach Mentalität der Bevölkerung.

Damaskus hat seinen Ruf als ausführende Hand gerade erst jetzt wieder bewiesen. Zum zweiten Male innerhalb eines halben Jahres wurde nach einer relativ kurzen Zeit politischer Stabilität in der ehemaligen Nordregion der Vereinigten Arabischen Republik das herrschende Regime gestürzt. Groß-Syrien, dieser alte Traum der Araber des Vorderen Orient, stand auch jetzt wieder im Vordergrund der Diskussionen, als Radio Damaskus die Übernahme der Macht durch General Yachreddin meldete. Doch diese geschichtlichen Schwärmerien beeinflussen nur unterschwellig die Entwicklung. Das Fazit, des neuen Putsches dürfte der Meilenstein eines viel tiefgreifenderen Wandels im Denken der arabischen Bevölkerung und seiner führenden Schichten sein.

Nassers Bruch mit dem Feudalsystem, durch den die arabische Föderation aufgelöst wurde, bereitete dafür den Boden ebenso wie seine jüngsten scharfen Attacken gegen König Saud, dem er zurief, die Zeit sei vorbei, da ein Staat vom Harem aus regiert werden könne.

"Zu konservativ" war einer der Gründe, weshalb sich jetzt die syrischen Offiziere gegen die Regierung erhoben. Dass sich ausgerechnet die Armee im Nahen Osten überall zum Fürsprecher von Sozialreformen macht, mag westlichen Beobachtern verdächtig erscheinen. Es ist auch eine gute Portion Egoismus dabei im Spiel. Aber die modernem Denken aufgeschlossenen gegenüberstehenden Militärs im Orient glauben, nur eine s c h n e l l e Abkehr von den zum Teil noch mittelalterlichen politischen, wirtschaftlichen und geistigen Vorstellungen gibt den Arabern vielleicht eine Chance, bald einen gewichtigen Part im Konzert der Nationen mitspielen zu können.

In dem Wunsch der neuen syrischen Machthaber nach guter Zusammenarbeit mit den "Brüdern in Kairo" und den "Vettern in Bagdad" dürfte die grösste Bedeutung dieses 28. März 1962 für die Araber liegen.

Ob allerdings Damaskus seiner Mittlerrolle zwischen den Verwandten in Bagdad und Kairo gerecht werden kann, liegt vor allem an den Brüdern und Vettern selbst. Immerhin hat Yachreddin einen Weg gewiesen, der die Möglichkeiten zu einem Kompromiss bietet. Für die letzten mächtigen Könige im Morgenland aber, Hussein von Jordanien, Ibn Saud und den Scheich von Kuwait wird die Situation immer schwieriger.

Nasser, Kassem und Yachreddin, dieses Dreigestirn, könnte für viele Araber den Beginn einer neuen Epoche bedeuten. Voraussetzung ist allerdings, dass nicht wieder, wie schon so oft, die Stammesfehden und nationale Eifersucht alle Hoffnungen zu einer Fata Morgana werden lässt.

## Kulturpolitik kommt in Bewegung

Von Waldemar von Knoeringen  
Stellvertretender Vorsitzender der SPD

In den letzten Wochen belebte sich die Diskussion um die dringend notwendige Neuordnung der deutschen Kulturpolitik in einer Weise, die zu einigen Hoffnungen berechtigt. Viele Anzeichen sprechen dafür, dass sie nun weiter auf der Tagesordnung bleiben wird. Am Dienstag dieser Woche behandelte der kulturpolitische Ausschuss des Bayerischen Landtages den Dringlichkeitsantrag der SPD über einen

Staatsvertrag der Länder zur Koordination der deutschen Kulturpolitik.

Die bayerische Regierung wird darin aufgefordert, in der Konferenz der Ministerpräsidenten eine entsprechende Initiative einzuleiten. Dieser Vorstoß der bayerischen Landtagsfraktion steht im Einklang mit dem Ergebnis der Beratungen einer Konferenz sozialdemokratischer Parlamentarier und Minister, die am 8. März in München über die Möglichkeiten beriet, die gegenwärtige kulturpolitische Lage auf Bundes- und Länderebene zu verbessern. Die Redaktion.

\*

Angesichts der Tatsache, dass in der Bundesrepublik die Wissenschaftspflege ebenso schwerwiegende Mängel aufweist wie der Ausbau des Erziehungs- und Bildungswesens, kamen sie zu der gemeinsamen Auffassung, dass es politischer Anstrengungen bedürfe, um wieder den Anschluss an die internationale Entwicklung zu gewinnen.

Die in einer Pressekonferenz der Öffentlichkeit unterbreiteten Forderungen richteten sich einerseits an die Adresse des Bundes, andererseits an die der Länder. Der Bund wird aufgefordert, durch ein Bundesgesetz zu Art. 74 Ziffer 13 des Grundgesetzes eine organisatorische Grundlage für die wirksamere Förderung wissenschaftlicher Forschung zu schaffen. Von den Ländern wird eine verstärkte Koordinierung ihrer kulturpolitischen Anstrengungen verlangt, wofür die SPD den Entwurf eines Staatsvertrages zur Diskussion stellt.

### Missverständnisse müssen ausgeräumt werden

Beide Forderungen stehen in einem natürlichen Zusammenhang. Sie suchen mit unterschiedlichen, den verfassungsrechtlichen Gegebenheiten angepassten Mitteln sowohl auf der Seite des Bundes als auch auf der der Länder die Voraussetzungen einer wahrhaft nationalen Kulturpolitik zu schaffen. Es ist deshalb durchaus zu begrüßen, wenn anlässlich der kulturpolitischen Bundestagsdebatte am 15. März auch der sozialdemokratische Vorschlag diskutiert wurde, durch einen Staatsvertrag zwischen den Bundesländern die Koordinierungsfunktion der "Ständigen Konferenz der Kultusminister der Länder in der Bundesrepublik Deutschland" zu verstärken und ihr dafür einen "Deutschen Kulturrat" als beratendes Gremium an die Seite zu stellen.

Allerdings offenbarte der Zusammenhang, in den einige Sprecher diesen Vorschlag stellten, und die Interpretation, die er dabei erfuhren, eine Reihe von Missverständnissen, die um der Sache willen ausgeräumt werden sollten.

Worum ging es bei der Debatte des Bundestages? Von allen drei Fraktionen waren Grosse Anfragen zur Kulturpolitischen Aktivität des Bundes eingebracht worden, deren gemeinsames Ziel vom Sprecher der CDU, dem Abgeordneten Dr. Martin, folgendermassen formuliert wurde:

"Wir sind aber der Auffassung, dass der Bund mehr und besser als bisher die Voraussetzungen einer Zusammenarbeit zwischen Bund und Ländern und zwischen der Bundesrepublik und den Partnern in der EWG, der WEU und der NATO auf seiner Seite klären muss. Der Bund muss seine Tätigkeit auf kulturpolitischem Gebiet intensivieren und mehr als bisher koordinieren; d.h. er muss diese Tätigkeit wirksam zusammenfassen".

Nach dem Verlauf der Debatte könnten diese Sätze von allen Sprechern unterschrieben werden. Der Kulturexperte der Regierungspartei kritisierte in diesen zurückhaltenden und vagen Formulierungen das kulturpolitische Versagen der Bundesregierung. Allerdings blieb es den Sprechern der Opposition - wozu man in diesem Fall auch die FDP rechnen muss - vorbehalten, die schwerwiegenden Versäumnisse vor allem bei der Förderung der wissenschaftlichen Forschung beim Namen zu nennen, die auf der Seite des Bundes den Fortschritt von Wissenschaft und Forschung in Deutschland hemmen. So hat es die Bundesregierung bisher weder erreicht, das beziehungslose Nebeneinander der von den verschiedensten Ministerien ängstlich gehüteten "Ressortforschung" wirksam zu koordinieren, noch vermochte sie zu einem tragfähigen Übereinkommen mit den Ländern zu gelangen, das deren Anstrengungen mit denen des Bundes zu einem Gesamtbild vereinen könnte.

Völlig unverständlich sind dagegen die nun folgenden Auslassungen Dr. Martins:

"Wenn man die Probleme allgemein formuliert, wie ich es bisher getan habe, kann man der Zustimmung gewiss sein. Sobald konkrete Lösungen angestrebt werden, beginnen die Differenzen".

Interessant ist, dass sich Herr Dr. Martin im Anschluss daran vom eigentlichen Thema der Debatte löst, um gegen die sozialdemokratischen Vorschläge zur Koordinierung der Kulturpolitik der Länder zu polemisieren.

#### Gemeinsamkeiten

Ehe wir auf die dabei von Herrn Dr. Martin vorgetragenen Ansichten eingehen, gilt es, zwei Dinge klarzustellen:

1. Die Debatte zeigte, dass es keinerlei Differenzen darüber gibt, wie die mit ihrem Gegenstand - kulturpolitische Tätigkeit des Bundes - aufgeworfenen Probleme konkret zu lösen seien. Alle Fraktionen sprachen sich nämlich dafür aus, dass der Bund endlich von seiner konkurrierenden Gesetzgebungskompetenz Gebrauch machen und - entsprechend den Forderungen der SPD - der Forschungsförderung durch Bundesgesetz wirksame organisatorische Grundlagen schaffen solle. Da auch der Herr Bundesinnenminister zu verstehen gab, dass ihn diese Forderungen dazu bestimmt hätten, einen entsprechenden Gesetzentwurf vorbereiten zu lassen, ist zu hoffen, dass die Vorlage alsbald eingebracht und mit den Stimmen aller Bundestagsfraktionen verabschiedet werden kann. Damit hätte der Bund für seinen Teil die Voraussetzungen geschaffen, um bei der Förderung wissenschaftlicher Forschung mit den Ländern nach der einen und unseren internationalen Partnern nach der anderen Seite fruchtbar zusammenzuarbeiten.

2. Die Vorschläge der SPD zur wirksameren Koordination der kulturpolitischen Aktivität der Länder berühren die kulturpolitischen Aufgaben des Bundes - und damit den Gegenstand der Bundestagsdebatte vom 15. März nur insofern, als sie unter anderem darauf hinzielen, die Voraussetzungen der Zusammenarbeit zwischen Bund und Ländern auch auf der Seite der Länder zu verbessern und auf diese Weise die kulturpolitische Handlungsfähigkeit des Bundes im internationalen Verkehr zu gewährleisten.

Im Übrigen sind die sozialdemokratischen Vorschläge dazu bestimmt, die Länder in die Lage zu versetzen, auch bei der Wahrnehmung derjenigen ihrer Aufgaben, für die sie nach der Verfassung die alleinige Verantwortung tragen, dem kulturellen Interesse des Ganzen besser als bisher Rechnung zu tragen. Sie sehen ein Verfahren vor, das es erlaubt, auch bei solchen Aufgaben, wie etwa der Fortentwicklung unseres Erziehungs- und Bildungswesens, ein gemeinsames Wollen sichtbar zu machen und auf dem Wege der Verständigung unter den Ländern politisch zu verwirklichen.

#### Stärkere Koordinierung

Ansatzpunkt ist die in der "Ständigen Konferenz der Kultusminister" bereits 1946 geschaffene Gemeinschaftseinrichtung der Länder, die es nach der Präambel ihrer Geschäftsordnung als ihre Aufgabe ansieht, "Angelegenheiten der Kulturpolitik von überregionaler Bedeutung mit dem Ziel einer gemeinsamen Meinungs- und Willensbildung und zur Vertretung gemeinsamer Anliegen" zu behandeln. Sie ist eine der wenigen Einrichtungen unserer Verfassungswirklichkeit, in der die Länder ihrer Verpflichtung zum bundesstaatlichen Zusammenwirken durch Verständigung unter ihren Exekutiven nachzukommen suchen.

Der Kern der sozialdemokratischen Vorschläge besteht nun darin, die Koordinierungsbemühungen der elf Kultusminister enger als dies beim jetzigen Status der Konferenz möglich ist, mit der parlamentarischen Willensbildung in ihren Ländern zu verbinden. Danach soll sich ihre Tätigkeit künftig auf der Grundlage eines Staatsvertrages zwischen den Ländern entfalten, durch den sich auch deren gesetzgebende Körperschaften dem Gedanken zur gemeinsamen Lösung solcher kulturpolitischen Aufgaben verpflichten, die die gesamtstaatlichen Interessen berühren.

#### Der Sinn des "Staatsvertrages"

Nach dem von der SPD erarbeiteten Staatsvertrags-Entwurf hat die Kultusminister-Konferenz den Parlamenten regelmässig über den Stand und die zukünftigen Aufgaben der kulturellen Entwicklung zu berichten. Gegenüber den Landesregierungen wird sie zur Vorlage gemeinsam erarbeiteter Vorschläge für die Lösung bestimmter kulturpolitischer Fragen verpflichtet. Kulturpolitische Maßnahmen, die der Entscheidung des Gesetzgebers unterliegen, und die ihrem Wesen nach von den Ländern gleichzeitig und gemeinsam getroffen werden müssen, sollen durch ein besonderes Verfahren sachlich und zeitlich koordiniert werden. Dabei schlagen die Kultusminister der Konferenz der Ministerpräsidenten die Grundsätze der vorgesehenen Regelung zur Billigung vor. Die Ministerpräsidenten verpflichten sich durch ihre Zustimmung, die in Ausführung dieser Grundsätze von der Kultusministerkonferenz erarbeiteten Gesetzentwürfe ihren Kabinetten zur Annahme vorzuschlagen und sie nach den für jedes Land erforderlichen Ergänzungen alsbald bei ihren gesetzgebenden Körperschaften einzubringen.

Diese Prozedur mag auf den ersten Blick etwas umständlich erscheinen. Wenn man aber die Eigenverantwortlichkeit aller dabei Beteiligten wahren will, ist sie notwendig. Eine auf diesem Wege den Parlamenten zugeleitete Gesetzesinitiative setzt einen einstimmigen Beschluss aller Kultusminister



Über die geplante Regelung voraus. Die Billigung dieser Grundsätze durch die Ministerpräsidenten erfordert ebenfalls deren einmütige Zustimmung. Danach haben sich die Kultusminister noch einmal über die vorzuschlagenden Einzelbestimmungen zu einigen, ehe die Regierungschefs die Vorlage zur Annahme empfehlen.

Sachliche Diskussion notwendig

Es bleibt dem verfassungsrechtlichen Verständnis des Herrn Dr. Martin überlassen, wieso sich die Kultusministerkonferenz auf diese Weise "in Richtung einer Behörde entwickeln" würde, die "mit dem Votum der Kultusminister auch die Landesregierungen zur Einbringung eines Gesetzes verpflichten" könnte.

Die Ministerkonferenzen bleiben, was sie sind: Gemeinschaftseinrichtungen der Länder, in der sich deren Vertreter um "gemeinsame Willensbildung" bemühen. Sie haben keinerlei Hoheitsfunktionen und können keine anderen Maßnahmen beschließen als solche, auf die sich die Minister aus eigener Verantwortung zur Durchführung in ihrem Geschäftsbereich einigen.

Dr. Martin wurde bereits einmal auf den verfassungsrechtlichen Irrtum aufmerksam gemacht, der seinen nun neuerlich vorgebrachten Einwänden zugrundeliegt (SPD-Pressedienst vom 24.7.1961). Was in der Hitze des Wahlkampfes vielleicht als geeigneter Vorwand angesehen werden konnte, um der sachlichen Diskussion eines sachlichen Problems auszuweichen, sollte nicht länger die gemeinsame Bemühung um eine brauchbare Lösung drängender Probleme verstellen.

Die Regierungspartei hat in der kulturpolitischen Bundestagsdebatte versichert, dass sie keine Verfassungsänderung im Bereich der Kulturpolitik anstrebt. Wenn sie zu dieser auch vom Innenminister für die Bundesregierung abgegebenen Versicherung steht, wie stellt sich die CDU die dringend erforderliche Koordination unserer Kulturpolitik anders vor, denn auf dem Wege der Verständigung unter den Ländern? Und welche Vorschläge hat die CDU dafür anzubieten, dass dieser Verständigung alle nur möglichen Wege gebnet werden?

Dienst am Ganzen

Es ist zu hoffen, dass Dr. Martin am Nachmittag des gleichen Tages die Ausführung seines Fraktionskollegen Professor Dr. Süsterhenn mit Aufmerksamkeit verfolgt hat. Dieser stellte - zur Belehrung des Innenministers - einmal klar, dass

"Ländergemeinschaften nur dann als grundgesetzwidrig bezeichnet werden könnten, wenn sie über die Aufgaben der Koordination hinaus unmittelbare Staatsgewalt im Namen einer Ländergemeinschaft in die Länder hinein auszuüben beanspruchten".

Zum anderen verließ dieser für Dr. Martin politisch wohl unverdächtige Staatsrechtler seiner Überzeugung Ausdruck, dass es im Bundesstaat neben den Gesetzgebungskompetenzen des Bundes und der Länder eine "dritte Rechtsquelle" gibt, nämlich die des "Staatsvertrages oder der Verwaltungsabkommen oder des praktischen Arrangements", und dass gerade diese "dritte Rechtsquelle" einer bundesstaatlichen Verfassung die Chance eröffne, "auch neue Probleme, die auftauchen, einverständlich zu lösen". - Die SPD empfiehlt Dr. Martin, die Stichhaltigkeit seiner Einwendungen an der Verfassungsinterpretation seines gelehrten Kollegen zu überprüfen. Auf ihr beruhen die Vorschläge der SPD zur Koordination der Kulturpolitik in den Ländern. Im Gegensatz zur Ansicht Dr. Martins glaubt die SPD, dem Gedanken des Föderalismus einen guten Dienst zu erweisen, wenn sie die Länder dazu auffordert, die ihnen vorbehaltene Eigenverantwortung als Dienst am Ganzen zu verstehen und auszuüben.